

Ziele staatlicher Umweltpolitik – Erwartungen der Politik an die Kirchen

Tanja Gönner*

1. Einleitung

Als ich gebeten wurde, bei Ihrer heutigen Tagung zum Thema »Ziele staatlicher Umweltpolitik – Erwartungen der Politik an die Kirchen« zu sprechen, habe ich mich sehr gefreut.

Über die *Ziele staatlicher Umweltpolitik* zu sprechen, ist zunächst nichts Ungewöhnliches. Spannend und anspruchsvoll wird die Sache aber dann, wenn dies verknüpft wird mit den *Erwartungen der Politik an die Kirchen*.

Betrachtet man das Thema meiner Rede genauer, so ist natürlich schon der erste Teil, die *Ziele* der Umweltpolitik, in der *aktuellen* Situation reizvoll.

Wir stehen am *Beginn* einer neuen *Legislaturperiode*, der Landtag hat gewählt, die Regierung steht, und viele fragen sich: Wo sind die neuen Akzente und Inhalte, wie sehen sie aus, was kommt auf uns zu?

Aber auch das zweite Element meiner Themenstellung, die *Erwartungen der Politik an die Kirchen*, ist gerade zu Anfang einer Legislaturperiode mindestens genauso spannend.

Sicher ist der gesamte Themenkomplex eingebettet in eine *enge*, nicht immer völlig spannungsfreie, aber doch gute und *vertrauensvolle* *Beziehung* zwischen der *Landesregierung* und den *Kirchen*.

Diese enge Kooperation hat gute Tradition, nicht nur was Grundsatzfragen betrifft, sondern auch in Bezug auf viele konkrete

* Tanja Gönner ist Umweltministerin des Landes Baden-Württemberg.

Projekte. Ich nenne an dieser Stelle das Beispiel der Förderung von Umweltmanagement »EMAS« in zahlreichen Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen im Land. Und ich nenne auch die zahlreichen regelmäßigen Kontakte.

Neu aber in dieser Legislaturperiode ist, dass Verbände, gesellschaftliche Gruppen und darunter auch die Kirchen Gelegenheit hatten, sich schon zu der *Koalitionsvereinbarung* zu äußern. Ich denke nicht, dass dies ein grundsätzlich neuer Stil des politischen Miteinanders ist; es entspricht vielmehr den sich *wandelnden Bedürfnissen* der *öffentlichen Kommunikation* und den wachsenden Anforderungen an Transparenz und sofortiger Verfügbarkeit – fast jeder auch politischen Information – über das Internet. Da ist es gut, wenn man sich wenigstens am Anfang einer politischen Amtsperiode zusammensetzt und die wechselseitigen Überlegungen, Einschätzungen und Zielsetzungen auch persönlich und unabhängig vom Tagesgeschäft kennen lernt.

Betrachten wir noch einen Augenblick das aktuelle Jahr 2006. Die *großen, sichtbaren Umweltbelastungen* – qualmende Schornsteine, Schaumberge auf den Flüssen, Gewerbe- und Industriebetriebe, die Wohngebiete in der Nachbarschaft stark belästigen – haben wir im Großen und Ganzen *in den Griff bekommen*.

Es sind heute vor allem die *schleichenden Umweltprobleme*, die der Lösung harren: fortschreitender Flächenverbrauch, wachsender Verkehr, schwindende Artenvielfalt, vom Menschen gemachte Klimaveränderung, Hochwasser und die »Verlärmung« weiter Bereiche unseres Landes.

Vergessen wir dabei aber nicht: Viele dieser Entwicklungen werden maßgeblich verursacht durch unsere *Konsum- und Lebensmuster*. Das macht die Sache nicht einfacher. Wir haben es nicht mehr mit einigen Hundert oder Tausend Industrie- und Gewerbebetrieben oder kommunalen Umwelteinrichtungen (z. B. Kläranlagen) zu tun, sondern mit den *Lebensgewohnheiten von 10 Millionen Bürgerinnen und Bürgern* allein in unserem Bundesland, 80 Millionen in Deutschland und 450 Millionen in der EU. Auch wenn manche Stimmen sagen, dass der Stellenwert des Umweltschutzes *in der öffentlichen Meinung* gesunken sei, steht objektiv fest, dass eine der wichtigsten Fragen unserer Zeit lautet: Wie können wir angesichts eines *wachsenden Bedarfs* der Menschheit nach Öl, Gas, Bodenschätzen und Wasser und den damit verbundenen Umweltbelastungen eine Balance finden zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern?

Wie erreichen wir eine hohe *Lebensqualität heute* und sichern *künftigen Generationen* ebenso eine intakte Umwelt, die schließlich auch einen essentiellen Standortvorteil bildet?

In diesem *Spannungsfeld*, das auch ureigenste *Domäne der Arbeit* nicht nur christlicher *Kirchen* ist, bewegen wir uns.

Die Landesregierung hat sich schon in der vorangegangenen und sogar der vorvergangenen Legislaturperiode langfristiger Ansätze zur Aufarbeitung und Lösung von Umweltproblemen angenommen. Beispiele hierfür sind insbesondere der *Umweltplan* aus dem Jahr 2000, dessen Fortschreibung ab 2005 und die in der neuen Legislaturperiode anlaufende Nachhaltigkeitsstrategie.

2. Umweltplan und Nachhaltigkeitsstrategie – verlässliche Rahmenbedingungen und Transparenz

Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland im Dezember 2000 einen *Umweltplan* mit umweltpolitischen Leitlinien und *konkreten Zielen bis 2010* entwickelt. Mit dem Plan haben wir gezeigt, wie wir uns eine dauerhaft umweltgerechte und zukunftsfähige Entwicklung vorstellen. Er ist ein Orientierungsrahmen und Kompass für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Nachhaltigkeitsbeirat

Sich Ziele zu setzen ist das Eine, sie umzusetzen das Andere. Wir haben im Interesse der Glaubwürdigkeit auf eine *externe Überprüfung* Wert gelegt und für die Erfolgskontrolle des Plans erstmals 2002 den Nachhaltigkeitsbeirat mit unabhängigen Experten eingesetzt.

Bilanz zum Umweltplan

Der Beirat hat außer in detaillierten Sondergutachten (Klimaschutz, Flächenmanagement und Abfallwirtschaft) zum Abschluss seiner ersten Berufungsperiode in einem umfassenden Bericht die *Umsetzung* des Umweltplans *bewertet*. Er hat dabei mit Lob, aber auch mit Kritik nicht gespart und uns aufgezeigt, wo wir hinter unseren selbst gesteckten Zielen zurückgeblieben sind.

Ich nehme beides – Lob und Kritik – an: Sie sind für mich Bestätigung und Ansporn zugleich. Bestätigung, weil objektiv doku-

mentiert wird, dass wir zwar noch nicht alles erreicht haben, wir aber nachweisbar etwas bewegen können.

So haben wir *Fortschritte* und Erfolge bei der Gewässergüte, der Luftreinhaltung, beim Ressourcenverbrauch erreicht und sind bei der Wassernutzung auf dem richtigen Kurs.

Neben *Licht* gibt es auch *Schatten*, beispielsweise bei der Nitratbelastung des Grundwassers, bei der Gewässermorphologie, bei der Reduzierung der Feinstaub- und Stickstoffoxidbelastung der Luft (infolge neuer EU-Vorgaben und zu vielen Dieselfahrzeugen ohne modernste Abgastechnik) sowie beim Artenschutz. Hier sind weitere Anstrengungen erforderlich.

Mit der kritischen Bilanz des Nachhaltigkeitsbeirats zu den Bereichen Klimaschutz, Flächenverbrauch und flächendeckender Lärmschutz werden wir uns besonders auseinander setzen müssen. Der Beirat attestiert uns hier einen verstärkten Handlungsbedarf.

Fortschreibung Umweltplan

Wir ziehen daraus die Konsequenzen. Die Landesregierung hat am 4. Oktober 2005 beschlossen, den Umweltplan fortzuschreiben. Gleichzeitig haben wir beschlossen, den Nachhaltigkeitsbeirat als Beratungsgremium der Landesregierung in der zweiten Berufenungsperiode weiterzuführen. Der neu berufene Beirat hat sich im Dezember 2005 konstituiert und im April 2006 seine erste Arbeitssitzung abgehalten.

3. Schwerpunktthemen

Schwerpunkte der Fortschreibung

Bei der Fortschreibung des Umweltplans werden wir den Themen *Klimaschutz*, *Flächenverbrauch* und *Lärmschutz* besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir werden hier ressortübergreifend unsere Anstrengungen verstärken. Aber auch in den weiteren Schwerpunktbereichen *Hochwasserschutz*, *Luftreinhaltung*, Schutz der *biologischen Vielfalt* und *Bildung für nachhaltige Entwicklung* wollen wir neue Akzente setzen und uns auch künftig ambitionierte Ziele vornehmen.

Wir wollen mit der Fortschreibung des Umweltplans Flagge zeigen und deutlich machen, wo wir stehen und vor allem, wo wir hin wollen. Dies fällt uns als für den Umweltplan federführendes Um-

weltressort nun insofern etwas leichter, als durch unsere Koalitionsvereinbarung in einem wichtigen Bereich des Umweltschutzes, nämlich dem Klimaschutz und der Energieeinsparung, die Zuständigkeit meines Ministeriums um *Altbausanierung* und *Geothermie* erweitert wurde. Es gibt wenige Bereiche, wo durch viele kleine, sich meist sogar rasch amortisierende Maßnahmen so wirkungsvoll Energie eingespart werden kann. Vor allem der *Gebäudebestand* ist ein dankbares Handlungsfeld.

- Bei der *energetischen Sanierung* liegen die größten Einsparpotenziale
- in der *Wärmedämmung* von Fenstern, Fassaden, Dachboden und Kellerdecke,
 - bei Lüftungsanlagen und der Wärmerückgewinnung,
 - bei energieeffizienten Heizungs- und Warmwasseranlagen sowie
 - im Einsatz energiesparender Beleuchtungskörper.

Förderung

Aufgrund der hohen Bedeutung des Energieverbrauchs in Nichtwohngebäuden fördert das Umweltministerium

- neben der energetischen Sanierung auch
- den Einsatz erneuerbarer Energien und
- die rationelle Energieverwendung

im Rahmen des *Förderprogramms Klimaschutz Plus*. Hier sind auch *kirchliche Einrichtungen* antragsberechtigt. Die Förderung orientiert sich dabei an der Einsparung des Treibhausgases CO₂ und fördert diese mit max. 50 Euro pro eingesparter Tonne. Das Förderprogramm ist somit unabhängig von der eingesetzten Technologie und ausschließlich auf die erreichten Klimaschutzzvorteile ausgerichtet.

Verfahren bei der Fortschreibung des Umweltplans

Noch kurz zum weiteren Fortgang bei der Fortschreibung: Wir werden Verbände aus allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen an der Fortschreibung breit beteiligen: Wir sind offen für inhaltliche Themen, Anregungen und Anstöße. Zur *intensiven Mitarbeit* möchte ich auch die *Kirchen* ausdrücklich ermuntern.

Im Anschluss an das förmliche Anhörungsverfahren soll die Fortschreibung dem Ministerrat bis *Ende 2006* zur abschließenden *Beschlussfassung* vorgelegt werden.

4. Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg

Zur Bewältigung der Zukunftsfragen und der vor uns liegenden Herausforderungen auf ökologischen, ökonomischen und sozialen Feldern ist der Umweltplan ein wichtiger Orientierungsrahmen; er alleine reicht aber nicht aus, um eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen. Hierzu brauchen wir mehr:

Herr Ministerpräsident Günther Oettinger hat im Dezember 2005 angekündigt, dass wir eine landesweite *Nachhaltigkeitsstrategie erarbeiten werden*. Sie ist nunmehr prominenter Inhalt der Koalitionsvereinbarung. Mit dieser *ressortübergreifenden Initiative* schaffen wir einen Rahmen, um ökologische, ökonomische und soziale Aspekte in Gleichklang zu bringen, wechselseitige Verknüpfungen offen zu legen und Synergien nutzbar zu machen. Die Strategie stellt sicher, dass der Grundsatz der *Nachhaltigkeit* in möglichst viele *Politikbereiche integriert* wird. Wir wollen damit auch ein stärkeres Bewusstsein für die gesellschaftlichen Herausforderungen und eine Begeisterung der Menschen für ein aktives Mitgestalten schaffen. Was für den Umweltplan gilt, gilt umso mehr noch für die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg: Die Beteiligung der Bürger und die Einbindung der gesellschaftlichen Gruppen wird deshalb eine zentrale Säule dieser Initiative sein. Auch die *Kirchen* möchte ich *ermutigen, sich* aktiv in die Landesinitiative *einzubringen* und uns bei dieser herausfordernden Aufgabe zu unterstützen.

Kommen wir nach diesem Ausblick in die nahe Zukunft zurück zur Gegenwart und lassen Sie mich einige zentrale Themen, die auch Gegenstand der Fortschreibung des Umweltplans sind, herausgreifen und vertiefen:

Energiewirtschaft und Klimaschutz; Klimawandel ist Realität

Die Folgen des *Klimawandels* sind bereits heute zu spüren, in Baden-Württemberg wie anderswo auf der Welt. Es ist keine Frage mehr, ob wir einen Klimawandel haben, sondern wie stark er ausgeprägt sein wird und wie wir uns darauf einstellen können. *Darüber können* auch ein oder zwei schneereiche Winter nicht hinwegtäuschen. Im Gegenteil, das haben uns die Klimaexperten vorausgesagt: Die Winter werden insgesamt deutlich milder und niederschlagsreicher, aber ab und zu wird es auch einige etwas kühlere Winter mit großen Schneemengen in höheren Lagen geben. *Unverantwortlich* handelt, *wer jetzt bereits in das Horn der Verharmlosung stößt* und sagt, beim

Waldsterben habt ihr schon hysterisch reagiert, jetzt macht ihr es beim angeblichen Klimawandel wieder. Die zahlreichen Maßnahmen gegen das Waldsterben dürften im *Nachhinein* betrachtet, was den Wald betrifft, vielleicht an der Problemstellung tatsächlich teilweise, ich betone teilweise, vorbeigegangen sein. Für die Umwelt insgesamt und vor allem für die *menschliche Gesundheit* waren die erfolgreichen Emissionsminderungsmaßnahmen in Kraftwerken, Industrieanlagen und auch im Kfz-Sektor *ohne jeden Zweifel gerechtfertigt* und notwendig.

Gleiches gilt für *Klimaschutz, Energieeinsparung* und Ressourcenschonung. *Maßnahmen* in diesem Gebiet sind in jedem Fall *sinnvoll*, auch dann, wenn ihr konkreter Einfluss auf das Klima und den Klimawandel nur begrenzt ist. Sie mindern gesundheitsrelevante Emissionen weiter, verringern die Abhängigkeit unserer Energieversorgung vom Ausland und *kurbeln* die heimische *Wirtschaft*, insbesondere Handwerk und Mittelstand *an*. Vor allem: Die industrialisierten Länder müssen in der Klimapolitik und beim sparsamen Umgang mit endlichen Ressourcen *Vorreiter* und *Vorbild* sein.

Die Landesregierung hat im Sommer 2005 ein neues *Klimaschutzkonzept »Baden-Württemberg 2010«* verabschiedet, das konkrete Maßnahmenpakete beinhaltet. Es geht hier neben der bereits erwähnten *Gebäudesanierung* um die allgemeine Steigerung der *Energieeffizienz* und die Nutzung *erneuerbarer Energien*, die Chancen der energetischen *Biomasse- und Abfallnutzung* und um kommunalen Klimaschutz, um nur einige Beispiele zu nennen. Eine wichtige Rolle im Klimaschutz spielt der Wärmebereich. Auf Landesebene werden hierzu gezielt Förderprogramme angeboten (Förderung der oberflächennahen *Geothermie* mit über 4 Mio. € in den Jahren 2005 und 2006, Förderprogramme »Klimaschutz Plus«, »EnergieHolz Baden-Württemberg«).

Die *regenerative Wärmeerzeugung* weist hohe Potenziale auf; es fehlen derzeit aber auf Bundesebene und auf europäischer Ebene – anders als bei den regenerativen Energien im Strombereich – konkrete Ansatzpunkte für eine Gesamtförderung in diesem Bereich. Wir wollen hierzu die Diskussion über eine bundesweite Förderregelung zur regenerativen Wärmeproduktion voranbringen und weitere landesspezifische Schwerpunkte anstoßen.

In unserer *Koalitionsvereinbarung* haben wir ganz konkrete Ziele gesetzt: Wir wollen die *Energieeffizienz steigern* mit dem Ziel, den *Pro-Kopf-Energieverbrauch* in den nächsten 10 Jahren *um 20 % zu senken*. Für kleine und mittlere Unternehmen legen wir ein Energieeffi-

zienzprogramm auf, bei dem wir insbesondere Kooperationen von Unternehmen bei der Verbesserung ihrer Energieeffizienz unterstützen wollen. Für Wärmegewinnung aus erneuerbaren Energien und zum Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung wollen wir ein Förderprogramm auflegen. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, den *Biokraftstoffanteil* im herkömmlichen Treibstoff bis 2016 durch Beimischungspflicht auf 10 % zu erhöhen.

Eine Schlüsselrolle für eine nachhaltige Nutzung der endlichen Ressourcen unserer Erde nimmt insbesondere eine längere und intensivere Nutzung der Güter und Stoffe ein. Hier sehe ich eine der größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Gerade das Konsumverhalten lässt sich nur schwer durch Verbote regeln. Eine *Änderung der Verhaltensweisen* kann hier nur im *Zusammenspiel aller gesellschaftlichen Akteure* erfolgen. Ich möchte an dieser Stelle aus der Abschlusserklärung »Kundgebung« der EKD-Synode 1991 Bad Wildungen zitieren: »Die derzeitige Lebensweise vor allem in den westlichen Industriegesellschaften ist nicht mehr schöpfungsverträglich. Dazu gehören insbesondere die Höhe des Energieverbrauchs, die Vergiftung von Boden und Grundwasser durch Abfälle und die anhaltende Verschwendung von Ressourcen. Wir können nicht weiterleben wie bisher.«

In diesem Sinne können die Kirchen weltanschaulich fundiert und glaubwürdig auf die Mitglieder unserer Gesellschaft einwirken und mit gutem Beispiel in ökologischen Fragen vorangehen. Ich bin sicher, dass die Politik bei der Bewahrung der Schöpfung auf die Unterstützung der Kirchen setzen kann, um die vom Menschen verursachten Stoffströme wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Unternehmen müssen ihrer Produktverantwortung gerecht werden, und wir alle müssen dazu beitragen, eine Anreicherung von Schadstoffen in der Umwelt zu vermeiden.

Grüne Gentechnik

Im Blick auf Ihr Tagungsprogramm und das Forum III möchte ich auch dem heiklen Thema Grüne Gentechnik nicht ausweichen.

Es berührt zentrale Fragen der Technik- und Risikobewertung, der Globalisierung und der weltweiten Armuts- und Hungerbekämpfung.

Ich weiß, dass gerade auch bei den Kirchen gegenüber der Grünen Gentechnik deutliche Vorbehalte bestehen. Sie sind sowohl bei einer Expertenanhörung des Staatsministeriums im November 2004

als auch bei einer Anhörung der CDU-Landtagsfraktion im Februar 2005 vorgebracht worden.

Baden-Württemberg nimmt eine Spitzenstellung in der gentechnischen Forschung ein, und das gilt selbstverständlich auch für die »Grüne Gentechnik«.

Klar ist: Vorrang hat die menschliche Gesundheit. Ich zitiere aus der Koalitionsvereinbarung:

»Der Schutz von Mensch und Umwelt muss oberstes Ziel des deutschen Gentechnikrechts bleiben. Die von der EU garantierte *Wahlfreiheit* der Landwirte und Verbraucher und die *Koexistenz* der unterschiedlichen Bewirtschaftungsformen müssen insbesondere zum Schutz derer, die auch in Zukunft gentechnikfreie Pflanzen anbauen wollen, gewährleistet bleiben. Hierzu sind Forschung und Anbauversuche im Land notwendig. Die Wahlfreiheit muss durch eine konsequente Transparenz gewährleistet sein.«

Lärmschutz und Feinstaub

Zwei Aspekte möchte ich noch ansprechen, die über die Emissionen aus dem Verkehr eng verknüpft sind. Ich fasse dies deshalb zusammen, weil sowohl die Ursachen – Konsum- und Freizeitverhalten, Mobilitätsbedürfnisse – von jedem ausgehen, aber auch fast jeder von diesen Umweltproblemen betroffen ist; und schließlich müssen auch die Maßnahmen über Aktionspläne auf Landes- und vor allem kommunaler Ebene ein breites Fundament haben. Die Maßnahmen müssen unter Einbeziehung der Belange der Betroffenen und im Blick auf die Auswirkungen auf diese erarbeitet und umgesetzt werden. Das Thema ist vielschichtig und rührt an ein *Kernproblem* unserer Gesellschaft: *Jeder will Vorteile für sich*, Wohnen in Ruhe und möglichst im Grünen. Die meisten aber möchten zu jeder Zeit an jeden Ort gelangen können und auch ihren Freizeitbedürfnissen (Stichwort u. a. Lärm von Sportanlagen) nachgehen können. Dieser Tatbestand unseres *Anspruchsdenkens* leitet noch einmal über zu der Frage: Welche Erwartungen hat die Politik an die Kirchen?

5. Kirchen als Partner der Umweltpolitik, als Wegbereiter guter Entwicklungen und Mitstreiter bei Zielkonflikten innerhalb des Umweltschutzes

Ich habe Ihnen vorhin einige unserer konzeptionellen Ansätze dargestellt, wie wir verlässlich, transparent und anspruchsvoll die Umwelt kontinuierlich verbessern wollen und müssen. Umweltplan und Nachhaltigkeitsstrategie sind die die Eckpfeiler bildenden Instrumente. Zu ihrer erfolgreichen Umsetzung gehört zweierlei: Erstens, dass sie unter Einbeziehung der Stellungnahmen gesellschaftlicher Gruppen erarbeitet werden, und zweitens, dass deren Umsetzung unter Einschluss auch schmerzhafter *Maßnahmen von der Gesellschaft* wenn schon nicht freudig begrüßt, so doch wenigstens akzeptiert und *mitgetragen* werden. Hier setzt die eminent wichtige, aber vielfach unterschätzte Umweltbildung an. Im Rahmen der UN-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« von 2006-2015 planen auch wir zahlreiche Initiativen und Veranstaltungen, in die wir gern auch die Kirchen einbeziehen. Auch diese Ihre Veranstaltung hier haben Sie in den Rahmen der *Bildungsdekade* gestellt. Ich danke Ihnen herzlich dafür. Sie haben damit schon eine Erwartung von uns an Sie erfüllt.

Erwartungen der Politik an die Kirchen

Es geht darum, dass unsere Gesellschaft – auch mit Ihrer Hilfe – wieder lernt, dass es ein von Werten und gegenseitigem Respekt, Achtung vor der Menschenwürde und vor der Schöpfung geprägtes Leitbild für die ganze Gesellschaft gibt. Manche tun dies als altmodisch ab. Wir werden aber in unserer komplexer und technischer werdenden Welt kein zufriedenes Dasein führen können, wenn es uns nicht gelingt, die *Achtung vor der Schöpfung*, die Achtung vor den *Mitmenschen mit unseren Ansprüchen in Einklang* zu bringen.

Nachhaltigkeit meint auch dieses. Die *Kirchen als Vorbilder* und *Wertevertreter* können dazu beitragen, dass die Menschen, insbesondere die Interessenvertreter aller gesellschaftlichen Gruppen ihre Ellenbogen nicht nur nach links und rechts einsetzen, sondern vielleicht auch mal den Kopf darauf aufstützen und ernsthaft nachdenken! Und zwar nachdenken über die Frage, ob unsere derzeit von der Mehrheit der Bevölkerung geübten Konsummuster tragfähig sind.

Im Klartext: Wir können im Umweltschutz *echte Durchbrüche* nur erzielen, *wenn* es gelingt, dass die *Gesellschaft ihre Ansprüche* und ihr Verhalten *überdenkt* und danach auch handelt. Die Zeiten sind vorbei, als man mit einigen Gesetzen die Abgasemissionen von Industrie und Gewerbe drastisch reduzieren konnte. Es war relativ einfach, Kraftwerke zur Entschwefelung und Entstickung ihrer Abgase zu bringen und im Heizöl den Schwefelgehalt zu senken. Ich sage relativ, denn die Widerstände waren natürlich enorm und konnten nur durch das wachsende *Umweltbewusstsein der Bevölkerung* und den Mut der Politiker überwunden werden. *Worte der Kirchen* haben uns damals *gestärkt* und manchen Entscheidungsträger zu verantwortungsvollem Umdenken gebracht.

Heute stehen die Politiker und Politikerinnen vor der ungleich schwierigeren Aufgabe, nicht nur einigen Tausend Lobbyisten, sondern *Millionen von Menschen* klarzumachen, dass manche lieb gewordene *Verhaltensweise nicht dauerhaft tragfähig* ist, sondern eine Belastung, vielleicht sogar Bedrohung für unsere Gesellschaft und nachfolgende Generationen darstellt. Schwierig ist diese Aufgabe auch deshalb, weil sich *Zielkonflikte* innerhalb des Umweltschutzes häufen, vor allem beim Klimaschutz. Sie alle kennen das Beispiel für den Konflikt zwischen regenerativer Energieerzeugung durch Windkraft oder Wasserkraft einerseits und den Belangen des Naturschutzes andererseits. Ein weiterer Konflikt ist durch den Boom an noch nicht abgasoptimierten Dieselfahrzeugen und an Holzheizungen in zahllosen Privathaushalten entstanden. Vor allem der Holzheizungsboom bereitet uns ernsthafte Feinstaubprobleme (nachzulesen u. a. in der Wochenzeitung »Die Zeit«, Abschnitt »Wissen« vom 4. 5. 2006, mit Zitaten von Mitarbeiter/innen des Umweltministeriums). Wer hier nur der Umweltpolitik den Vorwurf macht, sie habe diese Fehlentwicklung initiiert, greift zu kurz. Es war vor allem die Wirtschaft, die durch Verstärken eines Trends negative Entwicklungen befördert hat.

Die Wirtschaft hätte in vorausschauender Produktverantwortung zugleich auch optimale Abgasreinigungstechnik anbieten müssen – bei kleinen Holzfeuerungsanlagen und auch bei (deutschen) Dieselfahrzeugen.

Wir sehen: Umweltschutz in der heutigen komplizierten Welt ist nicht nur das Bohren dicker Bretter, sondern setzt auch die *Bereitschaft* voraus *dazuzulernen*. Jeder einzelne und die Unternehmen sind gehalten, die für Erhalt und Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen weniger belastende Alternative zu wählen: Wir müssen

durch viele kleine Maßnahmen, durch Förderungen, Aufklärung und Umweltbildung und auch durch Ordnungsrecht dieses die gesamte Gesellschaft durchdringende Umsteuern bewerkstelligen. Dabei kann es vorkommen, dass wir Lösungswege als korrekturbedürftig erkennen. Dazulernen ist ehrenhaft und zeichnet die guten Politiker wie Wirtschaftsführer aus. Es ist kein Grund für Häme und Kritik. Unsere technisch und freiheitlich-pluralistisch geprägte Welt im Zeitalter der Globalisierung ist so komplex, dass es einfache Königswege zur Lösung von Problemen selten gibt. Unsere Nachhaltigkeitsstrategie arbeitet aber daran, auch möglichst viele solcher Königswege aufzuspüren und neue Lösungen zu finden, die über Formelkompromisse hinausgehen.

Ich wünsche mir, dass wir auf der Suche nach solchen Wegen und Lösungen *mit Ihrer Hilfe*, Ihrem Zuspruch und auch Ihrer konstruktiven Kritik rechnen können.

6. Schluss

Denken Sie bei Ihrer Arbeit auch daran, dass die *Kirchen* eine enorme *Nachfragemacht* im Sinne einer umweltfreundlichen Beschaffung haben. Mit ca. 30.000 Kirchengemeinden und ca. 55.000 weiteren Einrichtungen von Akademien über Hilfswerke bis zu Altenheimen sind die katholischen und evangelischen Kirchen in Deutschland Großverbraucher. Wenn Sie ökologische Produkte nachfragen, die in jedem Fall langfristig für die Gesamtgesellschaft preiswerter sind, so stoßen Sie dabei eine Entwicklung an oder verstärken sie, die fortschrittlichen Produzenten den Rücken stärkt und Absatzmöglichkeiten für Ökoprodukte verbreitert. Es darf nicht wieder Katastrophen wie im Jahr 1986 brauchen, bis der von Altbundespräsident Roman Herzog geforderte, viel zitierte Ruck durch die Gesellschaft geht und durch Druck von außen und leider nicht durch Überzeugung von innen die Dinge auf den richtigen Weg bringt. Die Schaffung innerer, *werteorientierter Überzeugungen* ist Ihre ureigenste Domäne.

Daher ist mein Wunsch an Sie, dass wir auch in der Politik und bei der Vermittlung und Umsetzung von am Erhalt der Schöpfung orientierten politischen Entscheidungen auf Ihre Unterstützung bauen dürfen.

Vielen Dank!